

Informationen und Meinungen

ENERGIEPOLITIK

Zukunft auf starker industrieller Basis gestalten

Köln – Die Herausforderungen der Energiewende, die europäische Schuldenkrise und die Wettbewerbsfähigkeit Europas lassen sich nur auf starker industrieller Basis erfolgreich bewältigen, erklärte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Deutschland werde seine Rolle und Verantwortung nur mit ökonomischer Stärke wahrnehmen können. Die Reindustrialisierung des Kontinents sei prioritär und stehe in enger Verbindung zur sicheren und preiswerten Energieversorgung.

In Nordamerika wirkt, so der Minister, preiswerte Energie als Wachstumsfaktor. Deutsche Unternehmen wägen ab, wo sie künftig investieren. Deutschland müsse sich dem Wettbewerb mit anderen Regionen stellen. Zur Gestaltung der Energiewende gehört nach Ansicht von Duin die aktive Dämpfung der internationalen Risiken. „Wir wollen Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Beschäftigung. Wir brauchen jetzt aber vor allem eine Priorisierung und die heißt Wettbewerbsfähigkeit der Industrie“, erklärte der Minister. Um Energie bezahlbar zu machen, begrüße er Instrumente wie die Strompreisbremse. Aber Eingriffe in den Anlagenbestand unterlaufen das Vertrauen in Planungs- und Investitionssicherheit. „Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit verteidige ich die Entlastungsregelungen für die Industrie“, sagte der Minister. Zentraler Bestandteil eines neuen Erneuerbare-Energien-Gesetzes müsse „die systemische Verantwortung der Erneuerbaren“ sein.

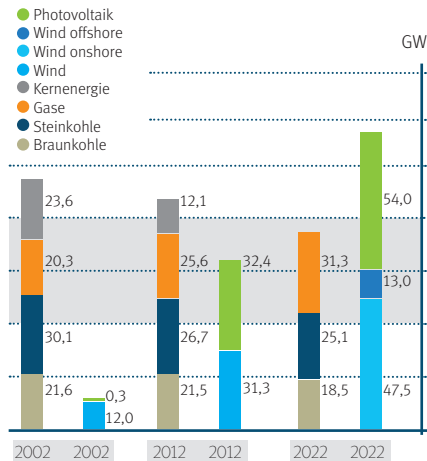
Zur Versorgungssicherheit gehört ein intensiver Netzausbau. Geringe Planungssicherheit schwäche derzeit die Investitionsbereitschaft. Zur Versorgungssicherheit gehöre auch der ausgewogene Energie- und Brennstoffmix. „Wer aus der Kernenergie aussteigt, kann nicht zugleich auf die Kohle verzichten“, sagte Duin. Auch Investitionen in neue Kohlenkraftwerke gehören zur Energiewende. NRW sei sich dieser Verantwortung bewusst und werde die Diskussion über neue konventionelle Kraftwerke fortsetzen. Der Minister wandte sich angesichts der ökonomischen Krise Europas gegen Eingriffe in den Handel mit Emissionszertifikaten. Das Handelssystem Sorge dafür, dass die Klimaziele erreicht werden. Notwendig sei mehr ausgesprochene Zustimmung, die es in der breiten Bevölkerung grundsätzlich für Netzausbau, konventionelle Energien und auch für Tagebaue gebe. Die Landesregierung werde dafür sorgen, dass diese Zustimmung verstärkt öffentlich sichtbar werde. Auch die Industrie sei hier gefordert. ■

BRAUNKOHLE

Partner und Impulsgeber

Köln – Bergbau und Energiewirtschaft haben im Kontext der industriellen Revolution mit Beginn des 19. Jahrhunderts die großen geologischen Energiespeicher geöffnet und damit die Energieknappheit beseitigt, die Leben und Wirtschaft zuvor über Jahrhunderte geprägt haben. Der unstete Beitrag von Wasser und Wind sowie die begrenzte Kraft von Mensch und Tier wurden durch zuverlässige Energie und die Kraft der Maschinen ersetzt. In der zukünftigen deutschen Energieversorgung wird das unstete Energieangebot von Wind und Sonne nur dann wieder einen größeren Raum einnehmen können, wenn

Zwei Systeme - Eine Aufgabe
Struktur der Stromerzeugung 2002 - 2022
in Gigawatt



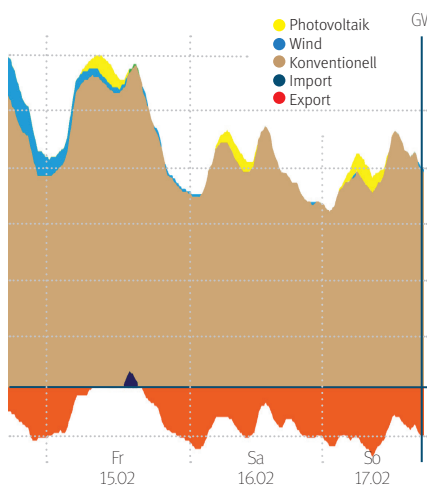
Quelle: Bundesnetzagentur 2012, AGEE Stat, BMWi, BDEW

ihnen verlässliche Energieträger wie die Braunkohle als Partner zur Seite stehen, erklärte der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Braunkohle-Industrie-Vereins (DEBRIV), Dr.-Ing. Johannes Lambertz, anlässlich des diesjährigen Braunkohlentages in Köln. Versorgungssichere und preiswerte Energie bleibe unverändert eine zentrale Säule für Wohlstand und Entwicklung. Eine zukunftssichere Energieversorgung ist nach Ansicht von Lambertz immer auch durch technisch-wirtschaftliche Diversität und Innovationsbereitschaft geprägt. Zudem steht die Umsetzung eines nationalen Energiekonzeptes im europäischen Kontext und darf die Abhängigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland vom Weltmarkt nicht aus dem Blick verlieren.

Deutschland hat die sich aus der europäischen Integration und der Globalisierung ergebenden Chancen erfolgreich genutzt und ist wie kaum ein anderes Land international vernetzt. „Damit sind wir“, so Lambertz, „maßgeblich davon abhängig, was außerhalb der nationalen Grenzen passiert.“ Es ist damit im nationalen Interesse, den europäischen Finanzsektor zu stabilisieren und eine aktive Energie- und Klimapolitik zu betreiben. Gleichwohl gelte es, Veränderungsprozesse mit Augenmaß und Umsicht zu gestalten. Deutschland hat beschlossen, die Nutzung der Kernkraft bis 2022 zu beenden. Der Beitrag der Kernenergie soll im Wesentlichen durch Wind- und Sonne ersetzt werden. Ein unstabiles Energieangebot soll wieder zu einer tragenden Säule der Versorgung werden.

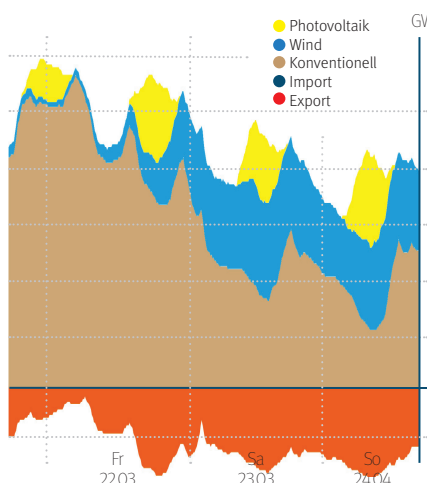
■ Stromversorgung: Zwei Systeme – eine Aufgabe

Stromproduktion in Deutschland 15.-17.02.2013
Konventionelle Erzeugung trägt die Last



Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland hat zwischenzeitlich zu beachtlichen Kapazitäten geführt. Derzeit sind über 60 Gigawatt (GW) Wind- und Photovoltaik-Kapazität am Netz. Die Abhängigkeit von den meteorologischen Verhältnissen führt immer häufiger zu Extremsituationen im Netz. Entweder ist wenig Wind und Sonne oder beides in hohem Maße verfügbar. Der Jahresbeginn 2013 lieferte einen aufschlussreichen Eindruck zukünftiger Netz- und Versorgungszustände, berichtete der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Als typische Mittags- und Sommerenergie erzeugen PV-Anlagen kaum nennenswerte Strommengen. Merkliche Beiträge liefert allein der Wind, wenngleich große Kälte häufig mit schwachem Windangebot einhergeht. In den beiden Jahresanfangsmonaten basierte die deutsche Stromversorgung auf der klassischen Aufgabenverteilung: Braunkohle sowie die Kernkraft liefern Grundlast. Steinkohlen- und Erdgaskraftwerke decken die Mittel- und Spitzenlast ab. Mitte Februar 2013 sicherte diese Konstellation nahezu die gesamte Last innerhalb des deutschen Stromnetzes.

Stromproduktion in Deutschland 18.-24.03.2013
Hohe Einspeisung von PV- und Windstrom



Der März verzeichnete einige Tage, an denen hohe Einspeisungen von Wind und Sonne zeitgleich erfolgten. An den Wochenenden der zweiten Monatshälfte prallten eine tiefe Stromnachfrage und hohes Angebot Erneuerbarer aufeinander. Konventionelle Kraftwerke reduzierten ihre Leistung sehr stark und die Stromexporte stiegen deutlich an. Für den Energiemix der Stromerzeugung und die Auslastung der Kapazitäten geben beide Fälle wichtige Hinweise auf die Zukunft: Bei hohem Strombedarf, vor allem an Werktagen und im Speziellen im Winter werden Braunkohlenkraftwerke, aber auch die Kernkraftwerke gut ausgelastet. An Tagen mit niedriger Last und hohen, gleichzeitigen Beiträgen an Wind und Photovoltaik wird nahezu die gesamte Gas- und Steinkohlenerzeugung verdrängt und auch Braunkohle und Kernkraft werden zurückgefahren. In Zukunft werden immer mehr vergleichbare Situationen auftreten, dann auch an Werktagen. Aus Gründen der Versorgungssicherheit wird sich Deutschland in Zukunft zwei getrennte Stromerzeugungssysteme leisten.

■ Kraftwerke: Flexibilität wird zum Wettbewerbsfaktor

Bei der Lastflexibilität sind Braunkohlenkraftwerke besser aufgestellt als in der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen, erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Johannes Lambertz auf dem diesjährigen Braunkohlentag. „Moderne Braunkohlenkraftwerke sind hinsichtlich Regelbereich und Geschwindigkeit der Laständerung durchaus mit Gaskraftwerken vergleichbar“, erläuterte Lambertz an Beispielen aus dem Rheinland und dem Lausitzer Revier. Auch ältere Anlagen können heute flexibel betrieben werden; durch

Quelle: Fraunhofer ISE, EEX

Retrofit sowie Modernisierung der Leittechnik sind weitere Verbesserungen erreichbar. Viele Anlagen weisen eine Lastwechselgeschwindigkeit bis zu 30 MW pro Minute auf und können ihre Kesselleistung bis auf die Hälfte der maximalen Feuerungsleistung vermindern.

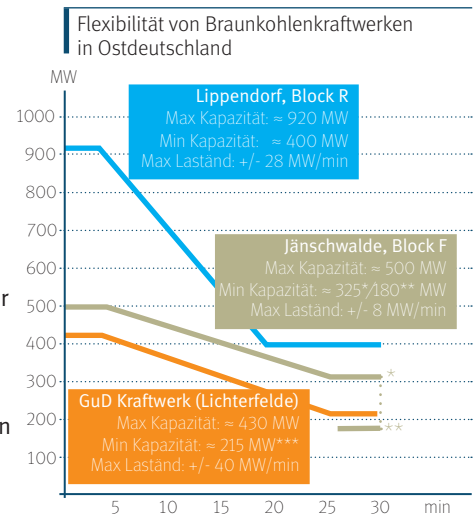
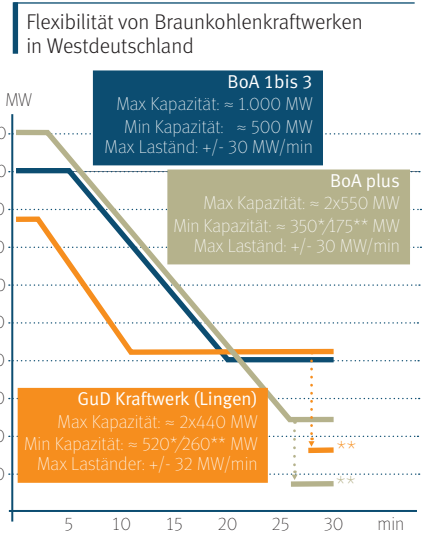
Strommarkt: Wandel erfolgt im europäischen Rahmen

Die Rahmenbedingungen für die Braunkohlenstromerzeugung verändern sich nicht nur, weil in Deutschland Kernkraftwerke stillgelegt und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Bedeutsam ist auch die Entwicklung in den Nachbarländern. Welche Konsequenzen hat der europäische Binnenmarkt für Elektrizität auf die deutsche Braunkohle? Mit dieser Frage beschäftigte sich die Grundsatzrede des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Köln. Die zunehmende Integration des nordwesteuropäischen Strommarktes sorgt für eine Angleichung der Preise und die Intensivierung des Stromaustausches. 2012 flossen saldiert 23,1 Terawattstunden (TWh) Strom aus Deutschland ins benachbarte Ausland. Es handelte sich nicht nur um temporär überschüssigen Strom aus erneuerbaren Energien. Vielmehr drängte auch preiswerter Kohlenstrom aus Deutschland Erdgaskraftwerke in den Niederlanden aus dem Markt. Damit resultieren aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und der Integration der Strommärkte deutlich erkennbare wirtschaftliche Konsequenzen: Die Ausnutzung des konventionellen Kraftwerksparks verändert sich. Die Strompreise an den Börsen fallen. „Dies hat Auswirkungen auf den Kohle-zu-Gas-Wettbewerb sowie auf die Investitionsbedingungen für konventionelle Kraftwerke“, stellte Lambertz fest.

Dem Anstieg der Erdgasimportpreise steht eine verhaltene Entwicklung bei den Kohlenpreisen gegenüber. Im Ergebnis hat sich der Preisabstand zwischen Kohle und Gas deutlich vergrößert. Es erscheint plausibel, dass Strom aus erneuerbaren Energien die Kernenergie ersetzt und Kohle Erdgas verdrängt. Diese Interpretation entspricht der Marktlogik, weil erneuerbare Energien wegen des gesetzlichen Einspeisevorrangs nicht im Wettbewerb zu fossilen Brennstoffen stehen. Der Mix zwischen Kohle und Gas stellt sich dagegen unverändert über die Marktkräfte ein. Werden Brennstoffpreise, Anlagenwirkungsgrade und CO₂-Preise berücksichtigt, führt dies derzeit zu einem deutlichen Preisvorteil für Kohlenkraftwerke. Um die Wettbewerbsfähigkeit von Gaskraftwerken herzustellen, müsste der Gaspreis in der Verstromung um mehr als 50 Prozent fallen oder aber der Preis für CO₂-Zertifikate in einer Bandbreite von 30 bis 60 Euro/t steigen. „Eine Intervention in den Strommarkt mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Erdgases zu verbessern, hätte enorme Auswirkungen auf die Strompreise“, erläuterte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Verglichen mit den heutigen Preisen und verknüpft mit den großen Verbrauchsmengen eines Industriestandortes wären damit beträchtliche negative volkswirtschaftliche Belastungen verbunden. Die deutsche Braunkohlenindustrie hält es für sinnvoll, den Substitutionswettbewerb im europäischen und deutschen Stromsektor zu erhalten. Die Kohlenindustrie war stets für den europäischen Binnenmarkt und für einen offenen Wettbewerb zwischen Brennstoffen und Technologien. In diesem Rahmen können sich die Vorteile der Kohle, wie die sichere Verfügbarkeit und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, wirksam und positiv entfalten. Das nutzt insbesondere den Verbrauchern und den Industriestandorten.

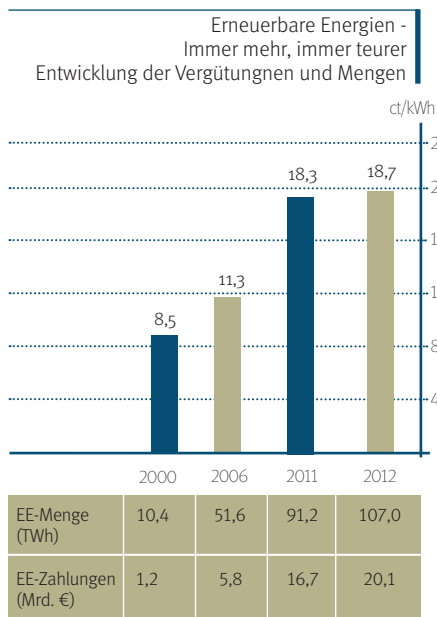
Erneuerbare Energien: Optimaler Ausbaupfad gesucht

Nach Einschätzung der deutschen Braunkohlen-Industrie kommt es in einer verantwortungsvollen Energiepolitik darauf an, in allen Bereichen die möglichen, aber gleichermaßen auch wirtschaftlich darstellbaren Potenziale zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass man sich die möglichen Entwicklungspfade im Bereich der erneuerbaren Energien genau anschaut. In Deutschland gehen die Prognosen und Zielvorgaben für die erneuerbaren Energien mittlerweile stark auseinander. Die Abschätzungen der Übertragungsnetzbetreiber im Netzentwicklungsplan 2012 unterstellen einen sehr schnellen Ausbau. Schon 2022 könnte die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 280 bis 300 TWh erreichen. Das wäre ein Anteil von rund 50 Prozent am gesamten Stromverbrauch und liegt deutlich



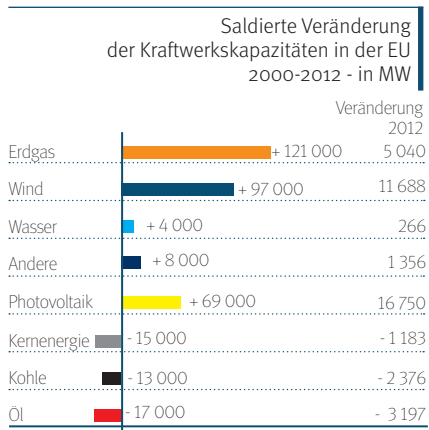
* Minimale Kapazität bei 2-Kessel-Betrieb,
 ** Minimale Kapazität bei 1-Kessel-Betrieb
 *** Winterbetrieb

Quelle: RWE/Vattenfall



über den Ausbauzielen der Bundesregierung, die einen Anteil von 35 Prozent anstrebt. Es muss gefragt werden, ob immer mehr erneuerbare Energie so schnell tatsächlich ziel führend ist. Zu berücksichtigen ist dabei, dass beim Ausbau der erneuerbaren Energien ein doppeltes Kostenproblem besteht: Die durchschnittliche Vergütung je eingespeister Kilowattstunde EEG-Strom hat sich in den vergangenen 12 Jahren mehr als verdoppelt. Die spezifische Vergütung wuchs von 8,5 ct/kWh in 2000 auf geschätzte 18,7 ct/kWh in 2012. Das System als Ganzes hat also keine Lernkurve durchlaufen. Damit verbunden ist ein Anstieg der absoluten EEG-Zahlungen von 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf gut 20 Mrd. Euro in 2012. Hinzu kommen noch die Kosten für den Netzausbau. Offen ist zudem, wie Reservekapazitäten vergütet werden.

Gleichermaßen bleibt es notwendig, die deutsche Entwicklung in den europäischen Kontext einzuordnen. Besonders aufschlussreich sind die saldierten Veränderungen der Kraftwerkskapazitäten der EU-27 im Zeitraum zwischen 2000 und 2012. Innerhalb von 12 Jahren wurden die Erzeugungskapazitäten insgesamt um 250 GW erhöht. Signifikant ist der Zubau von etwa 200 neuen Gaskraftwerken, womit sich die Gaskapazitäten im genannten Zeitraum von rund 90 GW auf rund 215 GW erhöht haben. Bemerkenswert bei den erneuerbaren Energien ist, dass sich der Ausbau der Windkraft sehr stark auf Spanien (23 GW) und Deutschland (31 GW) konzentriert. Bei der Photovoltaik steht annähernd die Hälfte der Kapazitäten in Deutschland. Die Kapazitätsveränderungen in der EU korrelieren deutlich mit der Stromerzeugung. Erdgas ist auf dem Vormarsch. Kohle und Kernenergie decken zusammen allerdings noch rund 50 Prozent des Strombedarfs, wobei der Energiemix von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Auch die erneuerbaren Energien haben zugelegt. Aus Kostengründen wird das Ausbautempo Wind und Photovoltaik jedoch in einigen EU-Staaten reduziert.



Quelle: EWEA 2012

Deutschland bietet mit seinen Fördersätzen für erneuerbare Energien besonders attraktive Investitionsbedingungen. Hinsichtlich der Kosten und des Aufwands für die Netzintegration könnte die richtige Allokation der erneuerbaren Stromerzeugungskapazitäten innerhalb der Europäischen Union enorme Auswirkungen haben. Entsprechende Überlegungen waren wesentlicher Bestandteil der Szenarienbetrachtungen, die die Bundesregierung im Vorfeld ihres Energiekonzepts angestellt hat. Leider wurden die auf der Ebene Europas liegenden Optimierungspotenziale bisher nicht in die politischen Programme eingebaut, beklagte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Bisher überwiegen nationale Förderregime und regionale Egoismen. Auch die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist ein Teil des gemeinsamen Binnenmarktes. Warum sollen EU-Mitgliedstaaten mit günstigen Standortbedingungen nicht zum deutschen Ausbau-Ziel beitragen dürfen? Damit verbunden ist die Frage nach einem europäischen Förderregime und wie die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen bilanziert wird.

Internationales Klimaabkommen erforderlich

Die energiewirtschaftlichen Erwartungen für den Zeitraum 2020 bis 2030 und danach werden mehr denn je durch globale und europäische Rahmenbedingungen geprägt. Ein bestimmender Faktor wird sein, ob es gelingt, ein Klimaabkommen zu erreichen, mit dem weltweit die CO₂-Emissionen begrenzt werden. Europa und Deutschland haben einen vergleichsweise geringen Anteil an den globalen Treibhausgas- beziehungsweise den CO₂-Emissionen. „Klimavorsorge ist demzufolge eine Aufgabe, die alle angeht. Es wäre nur eine Scheinlösung, wenn die europäische oder deutsche Umweltpolitik auf Alleingänge setzt“, erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Die unnötige Debatte über kurzfristige Eingriffe in den europäischen Emissionshandel habe den Blick auf die globale Dimension der Klimafrage verstellt. Es müsse, so Lambert, erlaubt sein, die Frage zu stellen, ob eine isolierte europäische oder deutsche Klimapolitik überhaupt realisierbar ist. Die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft ist international stark vernetzt. Das gilt in noch stärkerem Maße für Deutschland als ökonomisch stärksten Teil Europas.

Tagebaue und Kraftwerke bilden stabilen Verbund

Die deutsche Braunkohlenindustrie durchläuft seit etwa 20 Jahren eine Phase hoher und intensiver Investitionen. Der Verbund Tagebau und Kraftwerk ist langfristig ökonomisch robust: Die Modernisierung des Kraftwerksparks in den neuen Ländern war und ist eine Erfolgsgeschichte. Das im Zusammenhang mit der Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung vereinbarte Kraftwerkserneuerungsprogramm im Rheinland liegt nach Inbetriebnahme der Anlage BoA 2/3 in 2012 im Plan. BoAplus steht für den nächsten technologischen und investitiven Schritt. Den Investitionen in die Kraftwerke entsprechen große Investitionen in die Tagebaue. Die genehmigten Vorräte reichen im Rheinland bis zur Jahrhundertmitte. Neue Tagebauvorhaben stehen daher nicht auf der Agenda. In Mitteldeutschland und in der Lausitz basieren die Tagebauplanungen seit der Wiedervereinigung auf Zeiträumen in einer Größenordnung von 40 Jahren. Nach Ablauf der Hälfte dieses Zeitraumes läuft in Mitteldeutschland die Debatte über die Arrondierung von Tagebaufeldern. Auch in der Lausitz laufen Genehmigungsverfahren für Anschlussfelder.

Wissenschaft: Unseriöse Szenarien und Behauptungen

Zwischen der Rohstoffsicherungs- und Modernisierungsstrategie der Braunkohle und dem Ausbau erneuerbarer Energien besteht nach Ansicht der deutschen Braunkohlenindustrie kein Gegensatz. Dennoch, so der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Johannes Lambertz, wird immer wieder versucht, diesen Gegensatz in der öffentlichen Meinung zu verankern. Einen neuen Versuch hat dazu unlängst der im Rahmen einer Forschungskoopeation mit dem DIW Berlin verbundene Ökonom Dr. Christian von Hirschhausen unternommen.

Von Hirschhausen versucht den Nachweis zu erbringen, dass die Braunkohle alsbald überflüssig wird und arbeitet dazu mit falschen Annahmen und offensichtlich untauglichen Modellen. So erwarten die Autoren der Untersuchung zur deutschen Braunkohle (DIW-Politikbarometer 69) beispielsweise, dass das Kraftwerk Weisweiler zwischen 2014 und 2016 stillgelegt wird. Die für das Kraftwerk relevante Höhe der Braunkohlenförderung aus dem Tagebau Inden ist schon für das Jahr 2010 falsch ausgewiesen und der Zeitpunkt der Stilllegung der Anlage absurd. Das Kraftwerk verfügt über eine zeitlich unbegrenzte Betriebsgenehmigung und die Brennstoffversorgung ist noch für zwei Jahrzehnte aus dem Tagebau Inden gesichert. Der Standort Inden/Weisweiler ist hoch wettbewerbsfähig. Der DEBRIV hat in einer umfangreichen Dokumentation die große Zahl von Falschaussagen dokumentiert und Wissenschaft sowie Politik zur Bewertung vorgelegt (www.braunkohle.de/pages/layout3sp.php?page=971)

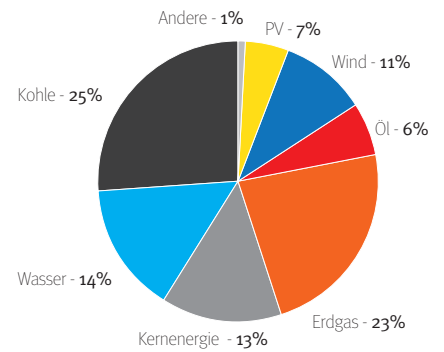
Auch die Umweltorganisation Greenpeace beteiligt sich aktiv an Anti-Kohle-Kampagnen. Die Schlussfolgerungen von Greenpeace in der Broschüre „Tod aus dem Schlot“ wurden vom DEBRIV entschieden zurückgewiesen (www.braunkohle.de/pages/infos.php?page=987&archiv=2013). Durch die Anwürfe der Kohlengegner wird nicht nur ein ganzer Wirtschaftszweig verunglimpft, sondern auch die sehr anspruchsvolle Luftreinhaltepolitik in der EU und in Deutschland diskreditiert.

Zukunft: Energie- und Industriepolitik müssen kohärent sein

Deutschland ist ein Industrieland, das ökonomisch mit seinen Nachbarstaaten verknüpft und in die Weltwirtschaft eingebunden ist. Die Bedeutung einer wettbewerbsfähigen Industrie für Wohlstand und Prosperität hat sich in den vergangenen Jahren erneut bewiesen. Der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf eine wettbewerbsfähige und robuste Energie- und Stromversorgung angewiesen.

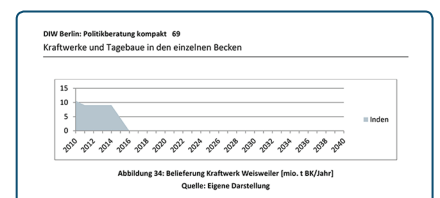
Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Es geht um die Stabilität der Staatsfinanzen, den demografischen Wandel und die Sozialsysteme, die Euro- oder Finanzkrise und nicht zuletzt um die Finanzierung der Energiewende.

Kraftwerkskapazitäten in der EU 2012
Gesamt 932 GW - Anteile in Prozent



Quelle: EWEA 2012

DIW-Falschmeldung zum Kraftwerk Weisweiler



Quelle: DIW 2012

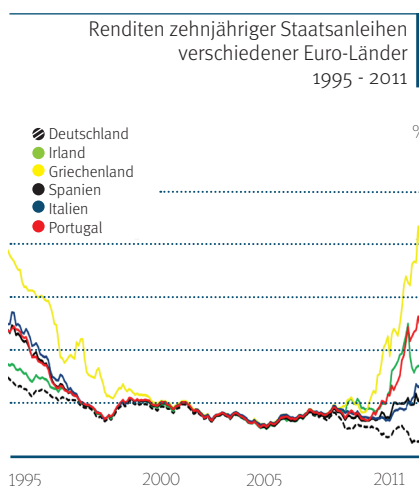
Die Herausforderungen sind zu bewältigen, wenn die wirtschaftliche Basis stabil ist und Wachstum erreicht wird. Wachstum zu generieren ist ein komplexes Thema, unterstrich der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende auf dem Braunkohlentag.

Unbestritten bleibt, dass preiswerte Energie ein positiver Wettbewerbsfaktor ist und zum Wachstum beiträgt. Nach Einschätzung der deutschen Braunkohlenindustrie muss das Thema Energie pragmatisch und realistisch behandelt werden. Deutschland wird im Bereich Energie nicht alles grundsätzlich anders machen können als die anderen. Die Beendigung der Kernenergienutzung und der Ersatz der entfallenden Versorgungsbeiträge durch erneuerbare Energien ist eine Aufgabe, die die gesamte Volkswirtschaft bis 2022 enorm beanspruchen wird. Wer aus der Kernenergie aussteigt, wird kaum gleichzeitig die Kohlennutzung beenden können. Auch jenseits von 2022 ist eine weitere Schwerpunktverschiebung in Richtung erneuerbare Energien in Deutschland durchaus möglich. Sinnvoll und bezahlbar ist das voraussichtlich nur, wenn es in einem internationalen Kontext geschieht und der Ausbau kostenoptimiert erfolgt. Dazu gehört im Wesentlichen ein globales Klimaabkommen, um die CO₂-Emissionen zu regulieren sowie ein europäisches System für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Wenn die Nutzung erneuerbarer Energien im Zeithorizont 2030/2040 weiter ausgebaut werden soll, sind verlässliche und versorgungssichere Partner in der Energieversorgung unverzichtbar. Heimische Braunkohle kann hierzu wichtige Beiträge leisten. Braunkohle ist sicher und zu langfristig kalkulierbaren Preisen verfügbar. Tagebaue sind riesige Energiespeicher. Braunkohle ist die Energie der kurzen Wege und maximaler Versorgungssicherheit. Braunkohle und erneuerbare Energien sind auf Jahrzehnte kein Gegensatz, sondern sehr wohl kompatibel.

ÖKONOMIE

Euro-Raum kann genesen



Köln/Mannheim - Die Finanz- und Wirtschaftskrise Europas ist eine „multiple Krankheit“, erklärte Prof. Clemens Fuest vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Begonnen hat die Krise nach Ansicht des Wissenschaftlers bereits vor der Einführung des Euro. Seit 1995 habe sich eine starke Annäherung der Zinsentwicklung im späteren Euro-Raum vollzogen. Die Zinsen der Peripheriestaaten sanken auf das Niveau der Kernländer und die Erwartungen vieler Investoren richteten sich auf die Randländer. Das niedrige Zinsniveau erleichterte den Erwerb von Immobilien zum Beispiel in Spanien. Hohe Auslandsverschuldung und ein Anstieg der Löhne infolge des ungebremsen Kapitalzustroms hatten deutliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die Überschuldung des privaten Sektors ist heute ein Hauptproblem in den Krisenregionen. Es sei eine Illusion, in der Einhaltung der Maastricht-Kriterien den alleinigen Lösungsweg zu sehen, sagte Fuest.

Die Euro- und Finanzkrise eskalierte, so Fuest, als Griechenland 2010 den Zugang zu den Kreditmärkten verlor. Der Verstoß gegen das Bail-Out-Verbot wurde hingenommen, um Griechenland die Insolvenz zu ersparen. Darüber hinaus bestand Besorgnis, dass sich die Investoren auch aus anderen EU-Ländern zurückziehen könnten und die Finanzkrise „katastrophale Auswirkungen“ auf die Realwirtschaft haben könnte. „Der Bruch der Regeln des Vertrags von Maastricht wurde juristisch geheilt, da keine Staaten zur Haftung gezwungen werden, sondern diese freiwillig leisten“, meinte Fuest. Dennoch ist es zu einer tiefen Rezession gekommen, weil zu viel Wert auf die Sanierung der Staatsschulden gelegt wird und zu wenig auf den Abbau der privaten Überschuldung. Hauptaufgabe, so der Mannheimer Wissenschaftler, sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten wieder herzustellen: „Man muss bei der Therapie an mehreren Punkten ansetzen.“ Dabei sei aber mit unangenehmen Wechselwirkungen zu rechnen. Beispielsweise wenn Löhne sinken, sinken auch die Steuereinnahmen und die Staatsverschuldung steigt, erläuterte Fuest.

Fuest verwies darauf, dass die Krisenländer der Euro-Zone Fortschritte beim Abbau ihrer negativen Leistungsbilanzsalden erzielen. Bei hohen Zinsen auf Auslandsschulden gehe jedoch ein Teil dieser Erfolge wieder verloren. Fuest warnte vor einer Überbewertung der Lohnstückkosten als Indikator für steigende Wettbewerbsfähigkeit, wenn sich zugleich die Zahl der Beschäftigungslosen erhöht. Viele Länder erkaufen sich die Senkung der Lohnstückkosten durch Insolvenzen und höhere Arbeitslosigkeit. Der Blick auf die Entwicklung bei den Preisen für Industriegüter zeige, dass die Krisenländer ihre Wettbewerbsfähigkeit kaum steigern. Nach Ansicht des Mannheimer Ökonomen führt die Restrukturierung der Euro-Zone über eine Bankenunion. Es müsse Geld bereitgestellt werden, damit die Rekapitalisierung der Banken voranschreitet und Liquiditätsengpässe beseitigt werden.

LAUSITZ

Neue Herausforderungen

Köln/Cottbus - Mit der Energiewende sieht sich auch der Braunkohlenbergbau in der Lausitz neuen Herausforderungen gegenüber. Das betrifft einerseits die Ausrichtung des Unternehmens auf eine zunehmend flexiblere Stromerzeugung und zum anderen die Belange des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Umfelds der Region, erläuterte Dipl.-Ing. Roswitha Partusch von der Vattenfall Europe Mining AG, Cottbus, auf dem Braunkohlentag in Köln. Der Braunkohlenbergbau der Lausitz hat den Anspruch, Partner der Region zu sein, Rekultivierung und Naturschutz nachhaltig umzusetzen, den Umweltschutz umfassend zu gewährleisten, die Kooperation mit den vom Bergbau betroffenen Städten und Gemeinden zu pflegen und erforderliche Umsiedlungen sozialverträglich zu gestalten. Zu letzteren wurden bereits Mitte der 1990er Jahre die Grundsätze sozialverträglicher Umsiedlungen entwickelt und damit frühzeitig klare und konstruktive Verfahrensweisen geschaffen. Auf dieser Grundlage wurden die Umsiedlungen der vergangenen Jahre erfolgreich durchgeführt. Gegenwärtig werden die sozialverträglichen Umsiedlungen aus den Weiterführungen der Tagebaue Welzow-Süd und Nochten vorbereitet. Das Besondere daran ist, dass diese beiden Umsiedlungsvorbereitungen parallel zu den laufenden Braunkohlenplanverfahren geführt werden.

Für die Bewältigung der Herausforderungen ist eine intensive Kooperation mit Städten und Gemeinden sowie dem Bund Lausitzer Sorben eine maßgebliche Voraussetzung. Daher wurden zur Verbesserung der Lebensqualität im Umfeld der aktiven Tagebaue in den vergangenen Jahren entsprechende Kooperationsverträge zur infrastrukturellen Entwicklung, zur energieeffizienten Sanierung von Gebäuden und zur Unterstützung von Vereinen und Freizeiteinrichtungen vereinbart. Einen Meilenstein des regionalen Engagements stellt die Etablierung der Energieregion Lausitz-Spreewald dar, in der Vattenfall mit der Beteiligung an verschiedenen Projekten aktiver Wirtschaftspartner ist.

MITTELDEUTSCHLAND

MIBRAG aktiv im regionalen Umfeld

Köln/Zeitz - Die MIBRAG betreibt im mitteldeutschen Raum die Braunkohlentagebaue Profen und Vereinigtes Schleenhain. Beide Tagebaue liegen südlich von Leipzig auf den Territorien Sachsen-Anhalts und des Freistaates Sachsen. Die jährliche Fördermenge aus diesen beiden Tagebauen beträgt derzeit 19 bis 20 Mio. t Rohbraunkohle, berichtete Dipl.-Ing. Andreas Günther von der MIBRAG mbH, Zeitz, auf dem Braunkohlentag in Köln. Das Unternehmen investiert jährlich erhebliche Beträge in den Staub- und Lärmschutz. Die Umsetzung der Ziele aus den regionalplanerischen Vorgaben zu einer leistungs-

fähigen und uneingeschränkt nutzbaren Kulturlandschaft ist ein weiterer grundlegender Baustein für regionale Zusammenarbeit und Akzeptanz des Bergbaus in der Region. Ende 2012 konnte ein Nachbarschaftsvertrag mit der Stadt Groitzsch geschlossen werden, der zusammen mit einem Grundlagenvertrag die Bedingungen für die Umsiedlung in das Stadtgebiet Groitzsch sowie die Maßnahmen zum Schutz der Anwohner nahe des zukünftigen Abbaufeldes Groitzscher Dreieck fixiert. Die Umsiedlung von 130 Einwohnern der Ortschaft Pödelwitz soll bis 2018 abgeschlossen sein. Gerade verhandelt MIBRAG mit der Stadt Pegau, der Nachbarstadt des Tagebaus Profen in Sachsen-Anhalt, den zweiten Nachbarschaftsvertrag.

RHEINLAND

Braunkohlenindustrie und regionale Entwicklung

Köln/Essen - „Auch in Zeiten globaler Märkte bleibt die deutsche Braunkohlenindustrie lokal und regional verankert. Vor diesem Hintergrund spielen das Verhältnis von Industrie und regionalen Akteuren und die Wechselwirkungen zwischen beiden eine wesentliche Rolle für die Perspektiven der Braunkohle“, sagte Dr.-Ing. Lars Kulik von RWE Power AG auf dem diesjährigen Braunkohlentag. Die Zusammenarbeit von Braunkohlenindustrie und regionalen Akteuren hat sich durch neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit verändert. Das wird insbesondere auf den Feldern der Neugestaltung der Regionalstruktur, der Entwicklung der Ortsstruktur und der Stärkung der Wirtschaftsstruktur deutlich. Als Musterbeispiel für die Neugestaltung der Regionalstruktur verwies Kulik auf das Projekt Indeland im westlichen rheinischen Braunkohlenrevier. Auch auf kommunaler Ebene gibt es neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Braunkohlenindustrie und lokalen Akteuren. Persönliches Engagement der Mitarbeiter in sozialen Initiativen, vom Unternehmen gefördert, spielt dabei eine wichtige Rolle. Ein Aktionsfeld ist die gezielte Kooperation zwischen Unternehmen und Kommunen bei der Entwicklung oder Modernisierung von Wohnquartieren im ländlichen Raum. Die Stärkung der Wirtschaftsstruktur wird als Gemeinschaftsaufgabe von Braunkohlenindustrie und regionalen Akteuren verstanden und wahrgenommen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Wirtschaftskraft der Region neben der Braunkohle durch weitere ökonomische Standbeine verstärkt und diversifiziert werden sollte. Zu den traditionellen gemeinsamen Aktivitäten von Braunkohlenindustrie und regionalen Körperschaften gehören die Entwicklung von Gewerbeflächen und eine entsprechende Ansiedlungspolitik, vor allem für das mittelständische Gewerbe. An verschiedenen Stellen des Reviers sind solche Gewerbegebiete realisiert oder in Planung, die erhebliche Investitionen ausgelöst haben. Dadurch sind allein in den letzten zehn Jahren mehr als 3.500 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Ein neuer Aktionsbereich auf kommunaler Ebene sind die sogenannten Energiepartnerschaften. Hier handelt es sich um Projekte in Form von Beteiligungsmodellen im Bereich der Erneuerbaren Energien.

Herausgeber:

DEBRIV	Tel: 0 22 34 / 18 64 0
Bundesverband Braunkohle	Fax: 0 22 34 / 18 64 18
- Öffentlichkeitsarbeit -	E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen	Internet: www.braunkohle.de
Postfach 40 02 52	Aufnahme in den E-Mail-Presserverteiler unter:
50832 Köln	www.braunkohle.de „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.05.2013